

Satzung

der Vereinigung der

Freunde des Bach-Archivs Leipzig

§ 1

Name, Sitz, Geschäftsjahr

Der Verein führt den Namen

„Vereinigung der Freunde des Bach-Archivs Leipzig“

und soll in das Vereinsregister eingetragen werden; nach der Eintragung führt er den Zusatz „e.V.“.

Der Verein hat seinen Sitz in Leipzig.

Das Geschäftsjahr des Vereins ist das Kalenderjahr.

§ 2

Der Zweck des Vereins

Zweck des Vereins ist die Förderung der Arbeit des Bach-Archivs Leipzig, der weltweit einzigen Institution, die sich auf Dauer und mit dem Ziel der Vollständigkeit das Sammeln, Bewahren und Verzeichnen des musikalischen, dokumentarischen und literarischen Materials zu Johann Sebastian Bach, seiner Familie und deren Umkreis zur Aufgabe gemacht hat und mit Forschung, Bibliothek, Museum und Veranstaltungen einer breiteren Öffentlichkeit dient.

Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „steuerbegünstigende Zwecke“ der Abgabenordnung in enger fachlicher und organisatorischer Zusammenarbeit mit der Stiftung bürgerlichen Rechts „Bach-Archiv Leipzig“. Der Satzungszweck wird verwirklicht insbesondere durch die Mittelbeschaffung und deren Weiterleitung an die Stiftung Bach-Archiv Leipzig zwecks Verwendung für steuerbegünstigte Zwecke.

Der Verein ist selbstlos tätig; er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Mittel des Vereins dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus Mitteln des Vereins. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck des Vereins fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

Der Verein darf zur Verwirklichung seiner Ziele Arbeitskräfte anstellen.

Alle Inhaber von Vereinsämtern sind ehrenamtlich tätig. Notwendige Kosten können auf Beschluss des Vorstands erstattet werden. Jeder Beschluss über die Änderung der Satzung ist vor dessen Anmeldung beim Registergericht dem zuständigen Finanzamt vorzulegen.

§ 3

Erwerb der Mitgliedschaft

Mitglied des Vereins kann jede volljährige natürliche und juristische Person sowie Personenvereinigungen werden, die an der Verwirklichung der Vereinsziele interessiert sind.

Über den schriftlichen Antrag entscheidet der Vorstand. Der Antrag sollte Namen, das Alter und die Anschrift des Antragstellers enthalten.

§ 4

Beendigung der Mitgliedschaft

Die Mitgliedschaft endet

1. mit dem Tod des Mitglieds,
2. durch freiwilligen Austritt,
3. durch Streichung von der Mitgliederliste,
4. durch Ausschluss.

Der freiwillige Austritt erfolgt durch schriftliche Erklärung gegenüber einem Mitglied des Vorstandes. Er ist nur zum Schluss eines Kalenderjahres zulässig.

Ein Mitglied kann durch Beschluss des Vorstandes von der Mitgliederliste gestrichen werden, wenn er trotz zweimaliger Mahnung mit der Zahlung des Beitrags in Rückstand ist.

Die Streichung darf erst beschlossen werden, nachdem seit der Absendung des zweiten Mahnschreibens drei Monate verstrichen und die Beitragsschulden nicht beglichen sind. Die Streichung ist dem Mitglied mitzuteilen.

Ein Mitglied kann, wenn es gegen die Vereinsinteressen gröblichst verstoßen hat, durch Beschluss des Vorstandes aus dem Verein ausgeschlossen werden.

§ 5

Mitgliedsbeiträge

Von den Mitgliedern werden Beiträge erhoben. Die Höhe der Jahresbeiträge und deren Fälligkeit werden in der Mitgliederversammlung bestimmt.

Ehrenmitglieder sind von der Beitragspflicht befreit.

Entsprechend der von der Mitgliederversammlung zu beschließenden Staffelung der Höhe des Mitgliedsbeitrages erhält das Mitglied den Status eines

- a) ordentlichen Mitglieds
- b) Förderers
- c) Sponsors
- d) Stifters

§ 6

Organe des Vereins

Organe des Vereins sind:

1. der Vorstand,
2. die Mitgliederversammlung.

§ 7

Der Vorstand

Der Vorstand des Vereins besteht aus mindestens drei Personen, nämlich dem Vorsitzenden, den stellvertretenden Vorsitzenden und dem Schatzmeister.

Der Vorstand führt die Geschäfte des Vereins. Der Vorsitzende und der Stellvertreter vertreten den Verein gem. § 26 BGB. Jeder von ihnen ist stets einzelvertretungsberechtigt.

Der Vorstand kann zur Erledigung seiner Aufgaben einen Geschäftsführer bestellen.

Für Rechtshandlungen mit einem Gegenstandswert von mehr als 50.000,00 DM bedarf es jedoch der Zustimmung der Mehrheit der Vorstandsmitglieder.

§ 8

Die Zuständigkeit des Vorstands

Der Vorstand ist für alle Angelegenheiten des Vereins zuständig, soweit sie nicht durch die Satzung einem anderen Vereinsorgan zugewiesen sind. Er hat vor allem folgende Aufgaben:

1. Vorbereitung der Mitgliederversammlung und Aufstellung der Tagesordnung;
2. Einberufung der Mitgliederversammlung;
3. Ausführung der Beschlüsse der Mitgliederversammlung;
4. Aufstellung eines Haushaltsplans für jedes Geschäftsjahr;
5. Buchführung;
6. Erstellung eines Jahresberichts;
7. Abschluss und Kündigung von Arbeitsverhältnissen;
8. Beschlussfassung über Aufnahme, Streichung und Ausschluss von Mitgliedern.

§ 9

Amtsdauer des Vorstands

Der Vorstand wird von der Mitgliederversammlung auf die Dauer von zwei Jahren vom Tage der Wahl an gerechnet, gewählt; er bleibt jedoch bis zur Neuwahl des Vorstands im Amt. Jedes Vorstandsmitglied ist einzeln zu wählen.

Scheidet ein Mitglied des Vorstands während der Amtsperiode aus, so wählt der Vorstand ein Ersatzmitglied für die restliche Amtsdauer des Ausgeschiedenen.

§ 10

Beschlussfassung des Vorstands

Der Vorstand fasst seine Beschlüsse im allgemeinen in Vorstandssitzungen, die vom Vorsitzenden, bei dessen Verhinderung vom stellvertretenden Vorsitzenden, schriftlich, fernmündlich oder per Telefax einberufen werden. In jedem Fall ist eine Einberufungsfrist von einer Woche einzuhalten.

Der Vorstand ist beschlussfähig, wenn mindestens zwei Vorstandsmitglieder, darunter der Vorsitzende oder der stellvertretende Vorsitzende, anwesend sind. Bei der Beschlussfassung entscheidet die Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen. Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme des Leiters der Vorstandssitzung. Die Vorstandssitzung leitet der Vorsitzende, bei dessen Verhinderung der stellvertretende Vorsitzende. Die Beschlüsse des Vorstandes sind zu Beweis Zwecken zu protokollieren. Das Protokoll ist vom jeweiligen Versammlungsleiter und dem Protokollführer zu unterzeichnen.

Ein Vorstandsbeschluss kann auf schriftlichem Wege gefasst werden, wenn alle Vorstandsmitglieder ihre Zustimmung zu der zu beschließenden Regelung erklären.

§ 11

Die Mitgliederversammlung

In der Mitgliederversammlung hat jedes anwesende Mitglied – auch Ehrenmitglied – eine Stimme.

Die Mitgliederversammlung ist für folgende Angelegenheiten zuständig:

1. Genehmigung des vom Vorstand aufgestellten Haushaltsplans für das nächste Geschäftsjahr, Entgegennahme des Jahresberichts, Entlastung des Vorstands;
2. Festsetzung der Höhe und der Fälligkeit des Jahresbeitrages;
3. Wahl und Abberufung der Mitglieder des Vorstands;
4. Beschlussfassung über Satzungsänderungen und über die Auflösung des Vereins;
5. Ernennung von Ehrenmitgliedern.

In Angelegenheiten, die in den Zuständigkeitsbereich des Vorstands fallen, kann die Mitgliederversammlung Empfehlungen an den Vorstand beschließen. Der Vorstand kann seinerseits in Angelegenheiten seines Zuständigkeitsbereichs die Meinung der Mitgliederversammlung einholen.

§ 12

Die Einberufung der Mitgliederversammlung

Mindestens einmal im Jahr soll die ordentliche Mitgliederversammlung stattfinden.

Sie wird vom Vorstand unter Einhaltung der Frist von vier Wochen schriftlich unter Angabe der Tagesordnung einberufen. Die Frist beginnt mit dem auf die Absendung des Einladungsschreibens folgenden Tag. Das Einladungsschreiben gilt dem Mitglied als zugegangen, wenn es an die letzte vom Mitglied dem Verein schriftlich bekanntgegebene Adresse gerichtet ist. Die Tagesordnung setzt der Vorstand fest.

§ 13

Die Beschlussfassung der Mitgliederversammlung

Die Mitgliederversammlung wird vom Vorsitzenden, bei dessen Verhinderung vom stellvertretenden Vorsitzenden oder einem anderen Vorstandsmitglied geleitet. Ist kein Vorstandsmitglied anwesend, bestimmt die Versammlung den Leiter. Bei Wahlen kann die Versammlungsleitung für die Dauer des Wahlgangs und der vorhergehenden Diskussion einem Wahlausschuss übertragen werden.

Der Protokollführer wird vom Versammlungsleiter bestimmt; zum Protokollführer kann auch ein Nichtmitglied bestimmt werden. Die Art der Abstimmung bestimmt der Versammlungsleiter. Die Abstimmung muss schriftlich durchgeführt werden, wenn 1/3 der bei der Abstimmung anwesenden stimmberechtigten Mitglieder dies beantragt.

Die Mitgliederversammlung ist nicht öffentlich. Der Versammlungsleiter kann Gäste zulassen.

Über die Zulassung der Presse, des Rundfunks und des Fernsehens beschließt die Mitgliederversammlung.

Die Mitgliederversammlung ist stets beschlussfähig, unabhängig von der Zahl der erschienenen Mitglieder.

Die Mitgliederversammlung fasst Beschlüsse im allgemeinen mit einfacher Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen; Stimmenthaltungen bleiben daher außer Betracht. Zur Änderung der Satzung ist jedoch eine Mehrheit von 3/4 aller Mitglieder, zur Auflösung des Vereins eine solche von 4/5 erforderlich. Die Stimmabgabe kann per Umlaufbeschluss auf schriftlichem Wege erfolgen.

Über die Beschlüsse der Mitgliederversammlung ist ein Protokoll aufzunehmen, das vom jeweiligen Versammlungsleiter und dem Protokollführer zu unterzeichnen ist.

§ 14

Nachträgliche Anträge zur Tagesordnung

Jedes Mitglied kann bis spätestens eine Woche vor dem Tag der Mitgliederversammlung beim Vorstand schriftlich beantragen, dass weitere Angelegenheiten nachträglich auf die Tagesordnung gesetzt werden. Der Versammlungsleiter hat zu Beginn der Mitgliederversammlung die Tagesordnung entsprechend zu ergänzen. Über Anträge auf Ergänzung der Tagesordnung, die erst in der Mitgliederversammlung gestellt werden, beschließt die Mitgliederversammlung mit Mehrheit.

§ 15

Außerordentliche Mitgliederversammlung

Der Vorstand kann jederzeit eine außerordentliche Mitgliederversammlung einberufen. Diese muss einberufen werden, wenn das Interesse des Vereins es erfordert oder wenn die Berufung von 1/3 aller Mitglieder schriftlich unter Angabe des Zwecks und der Gründe vom Vorstand verlangt wird. Für die außerordentliche Mitgliederversammlung gelten die §§ 12, 13, 14 und 15 entsprechend.

§ 16

Anfallberechtigung bei Auflösung des Vereins

Bei Auflösung oder Aufhebung des Vereins oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke fällt das Vermögen des Vereins an die Stiftung Bach-Archiv Leipzig, die es unmittelbar und ausschließlich für gemeinnützige Zwecke zu verwenden hat.

beschlossen am 27.6.2001

novelliert am 17.10.2001

Articles

of Association:

of the Friends of the Leipzig Bach Archive

§ 1

Name, Registered Headquarters, Financial Year

The association is officially named

“Vereinigung der Freunde des Bach-Archivs Leipzig”

and must be registered with the Register of Associations; once registered the suffix “e.V.” will be added to the name.

The Association has its registered headquarters in Leipzig.

The Association’s financial year shall coincide with the calendar year.

§ 2

Purpose of the Association

The purpose of the Association is to support the work of the Leipzig Bach Archive, the only institution in the world which has set itself the permanent task of collecting, conserving and indexing the musical, documentary and literary material on Johann Sebastian Bach, his family and his circle with the aim of exhaustiveness, and which serves a wide audience with its research, library, museum and events.

The Association pursues charitable objectives exclusively and directly within the meaning of the section of the German Tax Code on eligibility for tax concessions, in close collaboration of an expert and organizational nature with the Leipzig Bach Archive, a Stiftung bürgerlichen Rechts (“Foundation under Civil Law”). It fulfils its purpose first and foremost by raising funds and transferring them to the Leipzig Bach Archive to be used for purposes eligible for tax concessions.

The Association itself is a non-profit organization; it does not primarily pursue its own economic ends. The Association’s funds may only be used for the purpose laid down in the Articles of Association. The members receive no payments from the Association’s funds. No person may benefit from expenditures that are foreign to the purpose of the Association, or disproportionately high remuneration.

The Association may recruit workers to realize its objectives.

All Association officials work in a voluntary capacity. Any necessary costs may be refunded by resolution of the Executive Board. Any resolution concerning amendment of the Articles of Association must be submitted to the responsible Tax Office prior to notification of the Registration Court.

§ 3

Membership

Any natural or legal person of full legal age or any corporate body interested in realizing the Association's objectives can be a member of the Association.

The Executive Board decides whether to accept membership applications, which must be made in writing. The application must contain the name, age and address of the applicant.

§ 4

Termination of membership

Membership is terminated

1. On a member's decease,
2. On a member's resignation,
3. When a member is struck off the membership list,
4. On expulsion of a member.

To resign, members must address a written statement to one of the Board members. Resignation is only permitted at the end of a calendar year.

Members may be struck off the membership list by resolution of the Board if despite two reminders they have failed to pay their fees.

The resolution to strike off members may only be made if the fees are still unpaid three months after the second reminder has been sent. Members must be notified that they have been struck off.

Members who have acted in gross violation of the Association's interests may be expelled from the Association by resolution of the Executive Board.

§ 5

Membership fees

Fees are due by the members. The General Meeting decides the amount of the annual fees and their due dates.

Honorary members are exempt from fees.

Depending on the scale of membership fees decided by the General Meeting, members shall have the status of

- a) Regular Member
- b) Patron
- c) Sponsor
- d) Benefactor

§ 6

Governing bodies of the Association

The Association's governing bodies are

1. The Executive Board
2. The General Meeting.

§ 7

The Executive Board

The Executive Board of the Association consists of at least three people, namely the President, the Vice-President and the Treasurer.

The Executive Board manages the affairs of the Association. The President and Vice-President represent the Association as per paragraph 26 of the German Civil Code (BGB). Each of them is entitled to act as sole representative at all times.

The Executive Board may appoint a managing director to accomplish its tasks.

However, actions concerning objects with a value of more than DM50,000 require the approval of the majority of the Board members.

§ 8

Responsibilities of the Executive Board

The Executive Board is responsible for all the Association's affairs which are not assigned by the Articles of Association to another of the Association's governing bodies. Its principal tasks are:

1. To prepare the General Meeting and set the agenda;
2. To convene the General Meeting;
3. To enact the resolutions of the General Meeting;
4. To draw up a budget for each financial year;
5. To keep the accounts;
6. To draw up an annual report;
7. To conclude and terminate employment contracts;
8. To make resolutions on the admission, striking-off and expulsion of members.

§ 9

Terms of Office

The Executive Board is elected by the General Meeting for the duration of two years from the date of the election; however, it remains in office until a new Board is elected. Each Board member is elected individually.

If a member of the Executive Board retires during his or her term of office, the Board shall elect a replacement for the remaining term of the retiring member.

§ 10

Resolutions of the Executive Board

The Executive Board generally makes its resolutions in Board meetings which are convened by the President, or in the absence of the latter, by the Vice-President, in writing, by telephone or by fax. In each case a period of notice of one week applies.

The Board is quorate when at least two Board members, including the President or the Vice-President, are present. Resolutions are carried by the majority of the valid votes cast. In the case of a tie the person chairing the meeting shall have the casting vote. The President shall chair Board meetings, or in his or her absence, the Vice-President. Board resolutions shall be recorded for evidentiary purposes. The Minutes shall be signed by the chair of the meeting and by the recording secretary.

A Board resolution may be carried by written correspondence if all the Board members agree to the regulation being adopted.

§ 11

The General Meeting

At the General Meeting, every member present – including honorary members – has one vote.

The General Meeting has the following responsibilities:

1. Approval of the budget drawn up by the Executive Board for the next financial year, endorsement of the annual report, discharge of the Executive Board;
2. To set the amount and due dates of the annual fee;
3. Election and dismissal of Board members;
4. To adopt resolutions on amendment of the Articles of Association or dissolution of the Association;
5. Nomination of honorary members.

The General Meeting may adopt recommendations to be made to the Executive Board in matters falling within the latter's sphere of responsibility. The Executive Board may in turn ask the opinion of the General Meeting for matters falling within its sphere of responsibility.

§ 12

Convening of the General Meeting

An Ordinary General Meeting shall be held at least once a year.

It shall be convened in writing by the Executive Board in compliance with the four-week period of notice, and the agenda stated. The period of notice begins the day after the date on which the convening letter was sent. The convening letter is deemed to have been received by the member if it was sent to the last address supplied in writing to the Association by the member. The Executive Board sets the agenda.

§ 13

Resolutions of the General Meeting

The General Meeting is chaired by the President or, in the absence of the latter, by the Vice-President or another member of the Executive Board. If no Board member is present, the Meeting shall appoint a chair. In elections, the role of chair can be transferred to an election commission for the duration of the election and preceding discussion.

The recording secretary is appointed by the chair; even a non-member may be appointed recording secretary. The voting procedure is decided by the chair of the meeting. Voting must be carried out in writing if one-third of the voting members present request it.

The General Meeting is not open to the public. The chair may admit guests.

The General Meeting decides whether the press, radio and television shall be admitted.

The General Meeting is always quorate, regardless of the number of members attending.

The General Meeting generally adopts resolutions by simple majority of the valid votes cast; abstentions are therefore not taken into consideration. However, amendment of the Articles of Association requires a majority of three-quarters of all members, and dissolution of the Association a majority of four-fifths. Votes may be cast in writing by means of a circular resolution.

Resolutions of the General Meeting shall be recorded and signed by the respective chair and recording secretary of the meeting.

§ 14

Late Addition of Motions to the Agenda

Any member may submit a written request to the Executive Board for the late addition of further business to the agenda up to one week before the date of the General Meeting. The chair shall add the motions to the agenda at the start of the General Meeting. The addition to the agenda of motions which are only put forward during the General Meeting requires a majority decision by the General Meeting.

§ 15

Extraordinary General Meeting

The Board may convene an Extraordinary General Meeting at any time. An EGM must be convened whenever required by the interests of the Association, or if one-third of all members demand in writing that the Executive Board should convene such a meeting, specifying the purpose and reasons. Paragraphs 12, 13, 14 and 15 shall apply mutatis mutandis to the Extraordinary General Meeting.

§ 16

Disposal of Assets at the Dissolution of the Association

Should the Association be dissolved or terminated, or should it no longer pursue purposes entitling it to tax concessions, the Association's assets shall be transferred to the Leipzig Bach Archive (Stiftung Bach-Archiv Leipzig), which shall use them directly and exclusively for charitable purposes.

Adopted on 27 June 2001

Amended on 17 October 2001